

Berliner Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Berlin 3606-3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 600. Monatspreis 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld.

10 Pf. 15 Pf. • Nr 38

SONNABEND, 23. JANUAR 1932

MORGEN-AUSGABE

Berlin

Verantwortlich für den Gesamteinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 5 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 3 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Die These

Der französische Ministerpräsident hat in der neuen Erklärung, die er gestern vor der Kammer zur Reparationsfrage abgab, den Standpunkt seiner Regierung klar umschrieben und ihn ohne Umschweife dem von Reichsminister Brüning entwickelten Standpunkt entgegengehalten. Unklarheit kann es nun nicht mehr geben. Das könnte ein Vorteil sein, wenn endlich mutige, ihrer Verantwortung vor den kommenden Generationen bewußte Staatsmänner sich finden, die den Weg zueinander finden. Daß dieser Weg schwer zu finden und nur langsam zu durchschreiten ist, das zeigt eben Lauals Rede. Aus der Gegenüberstellung der Thesen ergibt sich, daß im Augenblick von einer internationalen Konferenz eine Überwindung der Meinungsverschiedenheit noch nicht zu erwarten wäre. Mehr als eine Zusammenkunft wird dazu nötig sein.

Ein Uebereinstimmen über die Weltwirtschaft bleibt nach wie vor möglich und nötig. Mehr Brüning nach Laual erkennen die Notwendigkeit, mehr Brüning nach Laual haben sie unmöglich gemacht. Der Young-Plan, dessen Boden Frankreichs Ministerpräsident nicht zu verlassen wünscht, enthält selbst die Möglichkeiten, ihn veränderten Zeitläuften anzupassen, und Reichsminister Brüning hat immer wieder betont, daß bei allen Aufgaben des Staatsmanagers darauf zu achten sei, wie die Weltwirtschaftsfrage gehandhabt und verbessert werden könnte. Entschlossene und weitläufige Staatsmannschaft kann hier die Infektionspunkte finden. Aber es geht darum dazu nicht Zeit, sondern auch Mut, immer wieder Mut. Es scheint, daß vor den Wahlen Laual diese Eigenschaft nicht zu zeigen beabsichtigt. Das Schwergewicht der Ereignisse wird da wohl nachfallen. Will man diese Ereignisse meistern, so kommt es nicht darauf an, Thesen aufzustellen und Standpunkte abzugrenzen — es nützt das als Vorbereitung sein mag — es kommt darauf an, zu konstruktiven Lösungen vorzudringen.

c. m.

Neue Laual-Erklärung

Nur ein Moratorium!

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 22. JANUAR

Bei der Kammerabstimmung blieb das **Rabbinet Laual** mit 312 gegen 261 Stimmen in der Mehrheit. Die Mehrheit beträgt also 51 Stimmen.

Im 146. Jahr nahm Laual in der Kammer das Wort zu seiner mit Spannung erwarteten Rede. Der größte Teil seiner Ausführungen bestand in einer genau fixierten ausenpolitischen Erklärung, die Laual von einem Manuskript ablas. Neues und Positives hat der französische Ministerpräsident nicht vorgebracht, er hat sich darauf beschränkt, den Standpunkt Frankreichs in der Reparationsfrage und in der Weltwirtschaftsfrage noch einmal darzulegen.

Bei laudischer Äußerung hielt sich die Politik Lauals von persönlichen Angriffen fern.

Laual ging zunächst auf die Friedenspolitik seines Vorgängers Brand im Außenministerium ein. Brand habe sich stets um den Frieden bemüht, und auch Laual werde ein guter Arbeiter für die Sache des Friedens sein. Die Außenpolitik Frankreichs bleibe unverändert dieselbe. „Frankreich wird seine Rechte nicht aufgeben, die es auf Grund der Verträge bezieht, und wird sich seinen seiner Rechtstitel vornehmen lassen.“ Laual teilte dann mit, daß der deutsche Reichstag dem französischen Reichstag in Berlin, François-Bonnet, bereits am 6. Januar eröffnet habe, daß die deutsche Regierung eine dauernde Reparations-

lösung fordere, und daß Deutschland noch Anbieten der deutschen Regierung mache, die jetzt noch fünfzig in der Lage sein werde Reparationen zu zahlen. „Diese Auffassung ist für uns unannehmbar“, erklärte Laual, auch der Bericht der Sachverständigen in Laual recht fertige die deutsche Seite in seiner Weisheit. Bei einer Neuregelung der Reparationen könne es sich nicht um eine neue Allgemeinregelung handeln, sondern nur ein Moratorium könne zur Erörterung gestellt werden. Laual in Laual habe man die Möglichkeit, daß Deutschland später wieder zahlungsfähig sein werde, anerkennen.

Auf der Grundlage gegenseitiger Sicherheit

Laual wendet sich dann der Abrüstungsfrage zu. Frankreich habe bereits in großem Maße abgerüstet, wie die öffentlich mitgeteilten Zahlen bezeugen. Die französische Abrüstungspolitik liege offen vor aller Welt da. Frankreich ist auch jetzt noch zu einer weiteren Abrüstung bereit auf der Grundlage der Sicherheit. Diese Sicherheit aber könne nur bei gegenseitiger Gewährleistung werden.

Nachdem Laual unter Beifall des Hauses Laual als den mächtigsten Redaktor Maginots für Oeff in Empfehlung gebracht und — unter nicht ganz so hartem Applaus auch dem selbstretenden Vorhaben der französischen Abrüstungsdelegation Paul-Boncour einige Erlagen gemacht hatte, verließ er es noch einmal, daß Frankreichs Außenpolitik auf die Befriedigung Europas gerichtet sei. Um diese Politik nach außen hin mit Erfolg zu verfechten, lie aber für die Regierung nicht eine parlamentarische Mehrheit notwendig, sondern die Zustimmung der Nation. Deshalb rief Laual zum Schluß noch einmal an die Kammer, und insbesondere an ihren Führer Serriot die Forderung, ihn jetzt vor den internationalen Konferenzen durch eine Vertrauensumgebung zu führen. Serriot könnte als Regierungschef auch nicht anders handeln als es die jetzige Regierung tue, und in diesem Fall würde Laual Serriot die Gefolgschaft nicht verweigern. Die Kammer sollte ebenfalls handeln.

Mit dem Ruf „Denken Sie Frankreich, denken Sie dem Frieden!“ schloß der Ministerpräsident seine Rede.

Die Abgeordneten der Mitte und der Rechten erhoben sich von ihren Plätzen, um Laual eine Ovation darzubringen. Die Linke schweig.

Kritik eines jungen Rabalaten

Der Erklärung Lauals ging in der Kammer eine ungewöhnlich mutige Rede des jungen sozialistischen Abgeordneten Berger voraus. Während am Schluß der getrigen Rede Laual die sozialistische Partei der Serriot ausenpolitisch vollkommen dem Regierungsschritt ausgemittelt hatte, unterzieht jetzt Fraktionsgenosse Berger die bisherige Außenpolitik der Regierung einer sehr scharfen Kritik. Berger fordert von der Regierung Realpolitik.

„Was aber ist heute die politische Realität? Die Hitler-Kritik, die Erklärung Brünings, das ist der Hiterismus! Die deutschen Massen sind bereit, den 600.000 Franzosen, die Hitler folgen, freie Hand zu lassen. Was aber hat das Viterismus ermöglicht? Die Wirtschaftskrise, die von der verabschiedungsunfähigen Demagogie Maginots ausgenutzt wurde. Aber wie ist die Ausnutzung möglich geworden? Durch die Politik der Allierten seit Versailles, die volle Ausführung der Friedensverträge, nach denen Deutschland 132 Milliarden Goldmark zu zahlen hatte, eine Summe, die das Vermögen dieses Landes ausmacht — und die einseitige Abrüstung Deutschlands. Dieses Doppelte Konfliktwerk macht Deutschland juristisch. Wer von uns würde sie für Frankreich annehmen?“

Nach scharfen Polemiken mit Abgeordneten der Rechten schloß Berger seine Rede, die nur von einem Teil seiner eigenen Parteifreunde mit Beifall aufgenommen wurde. Es folgte unter sehr geringer Beteiligung der Kammer ein langatmiger Vortrag des Abgeordneten der Rechten Goullet, dann strömte alles in den Saal und auf die Tribünen, um Laual zu hören.

Nach dem Ministerpräsidenten Laual nimmt der frühere Finanzminister Legeus das Wort, um Frankreichs

Der zweite Fünf-Jahres-Plan

„Wirtschaftliche Unabhängigkeit der Sowjetunion“

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

MOSKAU, 22. JANUAR

Die Richtlinien für den zweiten Fünfjahresplan der Sowjet-Union, niedergelegt in mehreren Thesen, sind von der Parteikonferenz angenommen und vom Polit-Büro als letzter entscheidender Instanz gebilligt worden.

Die Fünfjahrespläne umfassen für einzelne Gebiete sind bisher ziemlich allgemein gehalten. So heißt etwa, daß die Rohlenproduktion von heute 90 Millionen Tonnen jährlich bis zum Ende des zweiten Fünfjahresplans — also bis 1937 — auf 250 Millionen Tonnen jährlich gebracht werden müsse, oder, daß die Petroleumproduktion verdreifacht wird. Bedeutend wichtiger als die Zahlenangaben ist der theoretische Teil der Richtlinien.

Mehr noch als vom ersten Fünfjahresplan verpricht man sich vom zweiten Plan eine weitgehend propagandistische Wirkung. Die Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Ländern werden Aufbau und Entwicklung der Industrie in der Sowjet-Union nicht fünfjährig gegliedert, und unter Berücksichtigung der bekannten politischen Krisenursachen wird die Weltwirtschaftskrise einfach als anwaltsmäßige Folgeerscheinung des Kapitalismus erklärt. Wörtlich heißt es: „Das alles gibt der Sowjet-Union noch mehr Anziehungskraft für die Arbeiter aller Länder, so daß die revolutionäre Bewegung der Sowjet-Union für die ganze Welt wächst.“

Da die russische Einfluhr nur mit Exporten bezahlt werden kann, die russische Ausfuhr aber durch die Einfuhrbeschränkungen in fast allen Ländern als Folge der Weltkrise fast eingeschränkt ist, so geht die wirtschaftliche Forderung des zweiten Fünfjahresplans auf eine völlige wirtschaftliche Unabhängigkeit der Sowjet-Union aus, die selbstverständlich nur auf dem Umweg über eine langsam abgeleitete Einfluhr erfolgen kann. Ungeachtet aller wahren Eingeständnisse des unvollkommenen Autarkie Ideals aber daß das Schicksal von der vollkommenen Autarkie angehängt des kurzen Zeitraums reichlich fällt. Die Thesen meinen dazu: „Die Sowjet-Union ringt sich mit dem zweiten Fünfjahresplan in technischer Beziehung an die erste Stelle Europas empor. Die unter

dem ersten Plan begonnene Arbeit, die Sowjet-Union aus einem Rohlen- und Apparaturen einfluhrnden Land in einen Staat zu verwandeln, der diese Artikel selbst produziert, wird im zweiten Plan vollendet werden und führt der Sowjet-Union endgültige wirtschaftliche Selbstständigkeit.“

Neben diesen schönen Versicherungen enthalten die Richtlinien aber auch Hinweise auf die brennenden Alltagsprobleme, an deren Lösung der russischen Bevölkerung wohl unmittelbarsten gelegen ist. So heißt es, daß die Versorgung der Bevölkerung mit „Grundnahrungsmitteln, Gebrauchsgütern“ und mit Lebensmitteln 1937, am Ende des zweiten Plans, doppelt oder dreifach besser sein müsse als heute. Die Hoffnungen, denen man sich in Moskau vielfach hingegeben hatte, daß die Lebensmittel-Rationierung am Ende des ersten Fünfjahresplans aufhören werde, mußten vorerst noch enttäuscht werden. „Die größte Enttäuschung des Warenmangels“, heißt es in den Richtlinien, „ist die Verunsicherung für eine geordnete Versorgung der Arbeiter mit Industrierohstoffen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Erst dann könne das Rationierungssystem abgeändert werden und ein System der zentralisierten Verteilung geschaffen werden.“

Die vier Schwermaschinen des Fünfjahresplans, die hinter ihren Plänen zurückliegenden Wirtschaftswegs Erze — Rohle — Eisenbahn — Maschinenbau, finden keine Erwähnung. Auf ihre Bedeutung für die sowjetrussische Gesamtwirtschaft im Verein mit dem Uebereinstimmen von billigen ausgehenden Exportartikeln aus fünfjährig kapitalistischen Ländern in Rußland werden wir bald ausführlich zurückkommen.

W. St.

Brünings Antwort an Hitler abgelehnt

Die Antwort des Reichsministers auf die aggressive Denkschrift Adolf Hitlers zur Frage der parlamentarischen Reichspräsidentenwahl ist gestern nach München abgelehnt worden. Sie soll erst veröffentlicht werden, wenn sie in die Hände des Reichspräsidenten gelangt ist, also voraussichtlich am Sonntag früh.